

Zeitungs

Halle'sche Neueste Nachrichten . Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Die Bezugs-Exemplare des Blattes betragen in Stadt und Land 3400,00 Mark, durch die Post frei zugestellt im Monat 3300,00, in den Postgebieten abgesehen 3000,00 monatlich. Die abgabefähigen Pauschal-Abnehmer zahlen im Voraus für den Monat 150,00, im auswärtsigen Deutsche 180,00, Reflektoren die Wilmersdorf 200,00, in Ostpreußen und Westfalen 200,00 im auswärtsigen Deutsche. Preisveränderungen: Geben Sie vorzuziehen.

Übermal's unerfüllbare Forderungen!

Poincaré's neuester Internationalisierungsplan / Vor einer Rede des deutschen Außenministers / Die Paroleführer beim Kanzler / Sturmstößen an unserer Ostgrenze / Abhängigkeit der Getreideumlage.

Um Rhein und Ruhr.

Poincaré's neueste Tüde.

Paris, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Matin“ veröffentlicht ein ganz ausführliches Reparationsplan, den Poincaré heute den belgischen Ministern vorzulegen gedenkt. Dieser Plan habe die Zustimmung in London gefunden, wo Poincaré ihn mit den verschiedenen Parteien, die er im Laufe seiner Reise besucht hat, ausführlich besprochen. Frankreich schließt in diesem Sinne vor, die Ueberweisung der gesamten Summe von 82 Milliarden Goldmark der Sonds (an die Vereinigten Staaten zur Tilgung der internationalen Schulden, und bestimmt die Mittel für die französischen Ansprüche auf Bonds A und B. England soll seinen Anteil von den Sonds C erhalten. Die gesamte von Deutschland zu beantragende Zahlung des Sonds A auf 40 Goldmilliarden. Dem „Matin“ zufolge nimmt dieses Programm mit dem von Minister Koenigberg vorgezeichneten Programm überein. Poincaré hat die Absicht zu erklären, daß Frankreich und Belgien den Hauptanteil der 80 Goldmilliarden, die Deutschland zu zahlen bereit wäre, erhalten solle. Diese 80 Milliarden stellen ungefähr französische Ansprüche für die zerstörten Gebiete und die Wiederherstellungsausgaben dar, ohne daß der englischen Regierung zuzurechnen sei. Die Reparationsfrage wird in erster Linie durch die Reparationsfrage zu lösen innerbüchse zu führen ausführen können. Der Plan enthält keine Einzelheiten der für England vorgesehenen Reparationen. Die Zahlung hat in drei Raten zu erfolgen: 1. an Frankreich, 2. an Italien und 3. an die Vereinigten Staaten. Der größte Anteil soll Frankreich zufließen, 28 Mrd. Italien zu und zwei weiteren Rationen erhalten. Auch Belgien hat Anspruch auf Reparationen, das wird hier weiter genannt. Sollte dieser Plan auf der heutigen Konferenz zur Annahme gelangen, so würde Frankreich einem Plan der Internationalisierung der Rheinlande und des Ruhrgebietes unter der Kontrolle des Völkerbundes zustimmen. Diese Kontrolle würde sich allerdings bis zu einer völligen Bezahlung der 80 Milliarden in spätestens zehn Jahren hinziehen. Frankreich würde sich vollständig aus dem Ruhrgebiet zurückziehen und nur kleinere Truppen an strategisch wichtigen Punkten belassen.

Viel mehr es in aus, als ob diese Eröffnung des Rätsels schon wird, das über der Welt Poincaré und über all dem Vermitlung- und Reparationsgedenke der letzten 14 Tage liegt. Sollte England wirklich klein beigehen und sich mit den französischen Plänen einer Zerstückelung Deutschlands durch „Internationalisierung“ der Rheinlande einverstanden erklärt haben? Schon vor gestern zeigten wir auf diese Gefahr hin. Und die Maßnahmen, die heute vorliegen über Kompromisse, die man in London den Franzosen macht, rufen die Gefahr eines Entsetzlichen auf. Die Lösung der Rheinlande erhöht näher. Wenn auch Poincaré selbst in seinen finanziellen Forderungen auf 40 Milliarden herabgegangen ist, so will mehr sein je unannäherlich und unerfüllbar — alle anderen Vorschläge sind aberkannt und nichtig. Selbstverständlich ist großer französischer Haß, daß der deutsche Außenminister Koenigberg in ähnlicher Richtung machen wird. Jedenfalls rückt die Entscheidung näher, in der sich das deutsche Volk geschlossen hinter das Klein unter Regierung abermals stellen muß.

Die Koenigberg-Rede.

Berlin, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) Donnerstag nachmittag land, wie bereits gemeldet, die Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und den Führern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaften. Die Unterredung diente, wie die D. N. Z. berichtet, dem Gedankenanstöße zwischen der Reichsregierung und den ihr nächstliegenden Fraktionen im Hinblick auf die für die nächste Woche, hauptsächlich für Dienstag, zu erwartende Rede des Reichsaussenministers A. Koenigberg. Der Reichsaussenminister wird voraussichtlich auf die von dem amerikanischen Staatssekretär Hughes vorgezeichneten Gesichtspunkte zurückkommen und die Verantwortlichkeit der Reichsregierung erklären, auf einer Basis die Zeit zu Verhandlungen zu kommen. Die Sozialdemokratische Fraktion trat gestern abend zu einer Besprechung zusammen, um für den gegenwärtigen politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Sitzung dauerte bis nach 11 Uhr; über den Verlauf ist nichts Näheres bekannt geworden, doch darf man annehmen, daß die Redefreiheit noch keine vollständige Bestätigung gefunden hat und daß die Sitzung mehr einen flüchtigen Meinungsanstöße diente.

Der Wille zum Durchhalten.

Berlin, 13. April. Zu Beginn dieser Woche fand eine Tagung der Führer der Arbeiter- und Arbeitnehmer aller Wirtschaftszweige und politischen Richtungen des gesamten Reiches und Einzelgewerkschaften statt, die im Hinblick auf die Erzielung gewandelter wirtschaftlicher Programmen einmütig folgende Beschlüsse fasste: Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Richtungen aus den arbeitsteiligen und den einigungsbedingten an Rhein und Ruhr, Wörl, Bedar und Main sowie aus dem übrigen Deutschland bringen erneut den unerfüllbarsten Willen zum Ausdruck, ungeachtet aller Not und Weiden, aller Bedrohungen, äußerlicher und innerlicher, alle Verhandlungen den politischen Verantwortlichen fortzuführen, mit besonderer Entschlossenheit, daß bei jedem atmen Kampf vorzuziehen, mit derselben Entschlossenheit, mit der sie jede Möglichkeit zu Verhandlungen als Gleichberechtigte erachtet zu lösen wünschen, lehnen sie die Entgegennahme eines Diktates ab. Auch sie wollen, daß der Ausgangspunkt jeder Verhandlung die Förderung der völligen Wiedergewinnung der Wirtschaft ist.

Rechtsgebiete liegt muß, Schadloshaltung der durch den Einbruch an Reis und Getreide, Freilassung des mitterrechtlich Gefangenen, Rückkehr aller aus ihrem Wartungsorts zurückgebliebenen. Das Ziel der Verhandlungen soll Erhaltung des gesamten deutschen Landes und eine Lösung des Reparationsproblems sein, die bei Uebernahme aller Reparationsverpflichtungen, die Deutschland tragen kann, ungeachtet, als freie Männer zu arbeiten und zu leben.

Neue Ruhrdebatte in London.

London, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Frage der Ruhrbesetzung bildet am Donnerstag im Unterhaus erneut den Gegenstand einer Debatte. Der Abgeordnete, Hauptmann Wedgwood sprach, sprach von den Schwierigkeiten, denen die englische Konvention im Hinblick auf die Besetzung der Ruhr gegenübersteht. Er meinte, daß der Handel zwischen Deutschland und England seit der Besetzung der Ruhr sich nicht merklich verändert habe. Die Interessen der englischen Industrie bestanden nicht darin, gemeinsam mit den Ministern zu handeln. Die Frage des Handels im besetzten Gebiet hänge von der Berliner Regierung und nicht von der französischen Regierung ab. Berlin habe den Deutschen die Erlaubnis erlassen, weiterhin Waren auszuführen. Die deutsche Regierung sei für die Schwierigkeiten verantwortlich, mit denen der englische Handel im besetzten Gebiet zu kämpfen habe. Der Abgeordnete Dr. B. G. S. S. erklärte darauf, daß die Franzosen mit dem einzigen Ziel in das Ruhrgebiet gezogen seien, um dieses freie Gebiet zu annektieren. Die englische Regierung verfolge lediglich die Frage der englischen Handels im besetzten Gebiet mit besonderer Aufmerksamkeit. Es wäre ihre Pflicht, sich mit Frankreich zu verständigen, damit der gegenwärtige Zustand aufhört. Der Abgeordnete Dr. H. G. H. forderte die Regierung auf, auf ihren Anteil an den deutschen Reparationen zu verzichten, weil es für England unmöglich sei, von Deutschland Reparationen zu fordern, ohne gleichzeitig den englischen Handel zu schädigen.

Paris, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Minister der Außenangelegenheiten hat sich am Donnerstag zur Erholung in Tours aufhält, hat einen Vertreter des Blattes „Journal Republic“ eine Unterredung gewährt. Er erklärte: „Journal Republic“ eine Unterredung gewährt. Er erklärte: „Ich glaube nicht, daß in Frankreich ein Eroberungsgeist vorhanden ist. Ich glaube, daß wie in Großbritannien, auch in Frankreich der Imperialisismus ein totes Wort ist. Das französische Volk, das den Frieden so notwendig hat, ist meiner Meinung nach entschlossener Gegner des Krieges.“ Schließlich erklärte sich Curzon als Anhänger der Eintracht cordiale und als ein Freund Frankreichs.

Die Besetzung der Zechen.

Glückbad, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Zechen „Matthias Stinnes“, Schacht II und IV, die vor einigen Tagen von den Franzosen besetzt wurde, ist nunmehr von diesen vollständig von der Außenwelt abgeschlossen worden. Das Betreten der Zechen ist jedem verboten. Bekanntlich verzog die Zechen die Stadt Glückbad und freilich. Die Unzufriedenheit mit der seit der Besetzung ist nun die Gasversorgung unterbrochen. Da Glückbad im belgischen Beziehungsgebiet liegt, hat sich der belgische Ortskommandant beschwerde bei den französischen Behörden eingereicht. Es soll hierbei zu klaren Auseinandersetzungen kommen sein. Die Zehne in der Stadt Glückbad sind freilich. Die Unzufriedenheit mit der sogenannten, zahlreiche Einbrüche und Ueberfälle sind in den letzten drei Wochen verübt worden. Eine künftige Abordnung hat sich zu General Degoutte begeben, um gegen die Besetzung der Zechen Einspruch zu erheben und auf die ihm zuzurechnenden Folgen, die durch die weitere Unterbrechung der Gasversorgung entstehen können, hinzuweisen.

Bis zum 11. April sind von den Franzosen folgende 22 Schachtanlagen besetzt worden: Concordia 4 und 5, Matthias Stinnes 2 und 4, Staatlich Rheinlande, Bonifatius, Hubert, Friedrichs-Joachim, Emmer-Tippe (zwei Schachtanlagen), Schlägel und Blumenthal 3 und 4, Staatlich Wörl, Staatlich Vermonsglad, Erin, Graf Schwiner, Mont-Genis und Johann Demelberg.

Besetzung des Bochumer Rathhaujes.

Bochum, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern morgen wurden die Zehne in Glückbad unter dem Vorwand, daß die Stadt von französischen Truppen besetzt, das Personal müde die Gebäude räumen. Die Besetzung soll solange andauern, bis sämtliche Requisitionen vorgenommen sind und eine andere Unternehmung für die Truppen gefunden ist. Die Kriminalpolizei hat heute von den Franzosen den Befehl erhalten, bis zum 15. April sämtliche Wägen abzuführen.

Berne, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) Heute früh wurde das Rathaus besetzt. Da sämtliche Gerichte, wie Schlichtungs-, Tische, Stühle, herausgeholt wurden, nahm man an, daß das Gebäude in ein Quartier für Truppen umgewandelt werden sollte. Franzosen ist das Rathaus wieder geräumt worden. Am Rhein-Genève-Kanal ist die Lage unübersichtlicher. An der Durchbruchstelle, die durch Spannung der Ueberbrückung, die die Genfer ausbauen ist, sind französische Pioniere noch immer mit der Sanierung des Dammbroches beschäftigt. Der Heranfall ist stellenweise vollkommene trocken. Der Bahnhof Berne ist nach wie vor besetzt. Der Zugverkehr ruft, nur die Lebensmittelzüge können abgefertigt werden.

Führerbesprechungen in Berlin.

Französische Forderungen.

Der Reichstag trat am Donnerstag nachmittag die Führer der Parteien der Arbeitsgemeinschaft bei sich gehen und wird in den Tagen darauf die Vertreter der Deutschnationalen und Sozialdemokraten empfangen. Das entspricht dem gewöhnlichen Geschäftsgang der parlamentarischen Regierungsweise, denn der Reichstag hat schon keine Beratungen nach der Osterpause wieder aufgenommen, und es ist nur selbstverständlich, daß Regierung und Parlament sich über die nächsten politischen Schritte einig sein. Es wird sich dabei vermutlich in erster Linie um die zu erwartende Rede des Außenministers A. Koenigberg handeln, von der man ja einiges erwartet, nachdem der Kanzler neulich bei der Trauertagung für die Kaiserin Gezellen sich, vielleicht auch aus Rücksicht auf den Reichstag und in die Absicht genommenen Besprechungen mit seinen Führern, Juristengesellschaft auftrat. Natürlich kann zur Stunde, wo diese Seiten geschrieben werden und wo der Empfang der Paroleführer beim Kanzler noch nicht näher ist, kein Reindis fallen, was Herr A. Koenigberg bemächtigt haben wird. Die internationalistische Lage ist, das eigentlich nur von sozialdemokratischer Seite zu größerer Klarheit gebracht wird. Auch das aber geschieht keineswegs unangenehm, sondern mit vorzüglicher Abwägung des Für und Wider. Wichtig ist das der Eintrag, den man aus der Haltung des Reichstages der Partei bekommt. Der „Vorwärts“ hat am Donnerstag einen Artikel über die Klugheit zum Entschluß veröffentlicht, die eine diplomatische Initiative der deutschen Regierung nachlegt, ohne ihr ein Mißlingen ihres immer wieder auf ihrer Billigung der Sozialdemokratie fundierten Standpunktes zugunsten.

Die Sozialdemokratie könnte übrigens auch gar nicht eine Ergänzung der deutschen Politik empfehlen, da sie immer wieder mit Genugtuung betont, daß gerade die Arbeiter die Seele des Widerstandes im Ruhrgebiet sind, und da sie sehr wohl weiß, daß die ganze Ruhrbevölkerung von Radikalität in Fragen der Besetzung nichts wissen will. Andererseits möchte aber die Sozialdemokratie auf die Führung haben bei der Einleitung der Verhandlungen. Auch das ist befremdlich, aber es ergibt sich aus dieser doppelten Verpflichtung für die Partei ein gewisses Dilemma, das sie von furchtlichen Forderungen auf eine lebhaftere und häufigere Betätigung unserer Verbündigungsbeziehung zurückführt. Ebenfalls ist festzustellen, daß auch die Sozialdemokratie nach wie vor nicht aus der Reihe tanzt. In der französischen Presse weiß man angeblich ganz genau von einem neuen Reparationsplan zu erzählen, der unter Regierung vorliegt und über den sie sich noch in internen Beratungen freuten soll. Die Wästel bei solchen Wirrtungen ist zweifellos, erstens möchte Frankreich den Eindruck in der Welt erwecken, daß Deutschland sich die ersten Schritte zur Besetzung des Konfliktes an wolle. In Wahrheit beruht auch in Frankreich eine beträchtliche Ungemäßlichkeit wegen des ergebnis- und ziellosen Abenteuer, und die Rede des Herrn Douhaud ist ja wenigstens das Zeugnis dafür, daß sie nicht, daß sie zeigte, wie man sich hoch-auf auf der anderen Seite nachgerade den Kopf zerbricht. Zweitens aber sucht der Berliner Berichterstatter des „Berliner „Journal“, von dem die neueste Entschlüsselung über die Berliner Pläne stammt, das Bild einer weitgehenden Uneinigkeit innerhalb der Reichsregierung herbeizurufen. Nach seiner Angabe stammt der neue Plan, nämlich vom Finanzminister Bernhes, dem die Befassung der Reichsliste durch die Zufälle, die den Arbeitern und Industriellen des Ruhrgebietes geschah, werden, zu viel geworden ist, und der sich sogar gemindert: (1) habe, die Zahlungen im bisherigen Umfang weiter zu leisten. Gleichseitig sollen Industrielle beim Wirtschaftsminister vorstelle geworden sein, um ihm die Notwendigkeit darzulegen, der augenblicklichen Lage möglichst bald ein Ende zu machen. Der besontere Zweck dieser Ausstellungen ist so klar, daß man darüber nicht weiter zu sagen braucht. Nun soll aber der Außenminister seinen beiden genannten Kollegen, die unter sich einig seien, opponieren und verlangen, daß man abwartet, bis eine internationale Sachverständigenkommission die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt habe. Zum Ueberflus wird auch noch von einem Cuno-Krise geredet. An den Berliner Umständen wird auf das bestimmte Verfahren, daß diese ganze Darstellung keinen erheblichen Untergrund habe. Es ist natürlich, daß das Reichstagsmitglied über die Vorläufe, die es bei Einleitung von Verhandlungen an denen es sich in der von ihm gemäßigten Form beteiligen kann, wissen will, nicht erst jetzt heute klar zu werden will. Auch über den Inhalt des belgischen Entwurfes, soweit er überhaupt schon festliegt, hat der französische Korrespondent, so weit erklart, keinerlei zutreffende Mitteilung gemacht. Ebenjovonig braucht man die Entschlüsselungen über die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett ernst zu nehmen. Was Herr A. Koenigberg denkt oder weißens der Welt bemächtigt zu legen beabsichtigt, das wird man ja in wenigen Tagen hören. Bis dahin wird man keine Genesung erwarten dürfen.

Heutiger Stand des Dollars 21032.

